



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/019/2012
Datum	Montag, den 12.11.2012
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:15 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Herr Thomas Heyer	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende	FW
Herr Waldemar Droß	Stadtverordneter	SPD (i.V.f. Stv. Kinkler)
Herr Waldemar Kleber	Stadtverordneter	SPD
Herr Tobias Rompf	Stadtverordneter	SPD
Herr Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter	SPD
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU
Frau Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU
Herr Klaus Linke	Stadtverordneter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Rainer Kamara	Fraktionsvorsitzender	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Bürger	Fraktionsvorsitzender	FDP

vom Magistrat

Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister	FDP
--------------------	-------------------	-----

von der Verwaltung

Herr Stefan Franz	Kassen- und Steueramt
Herr Stefan Kaiser	Eigenbetrieb Stadtreinigung
Herr Peter Matzke	Koordinationsbüro Dez. II
Herr Andreas Schäfer	Kämmerei
Herr Armin Schöffner	Eigenbetrieb Stadtreinigung
Herr Karl-Ernst Schaub	Planungs- und Hochbauamt
Frau Andrea Simon	Kämmerei
Herr Tobias Wein	Rechtsamt

Ferner war anwesend:

Stve. Yigit, die Linke
Stve. Zeiser, Bündnis 90/Die Grünen

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Gerner, als Schriftführer
Herr Lehne

AV H e y e r eröffnete die 19. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Stv. B r e i d s p r e c h e r kritisierte, dass zwei Vorlagen nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden seien und bat um zukünftige Beachtung. Er benannte die Themen:

- a) Neubau Kindertagesstätte Spilburg
- b) Informationsvorlage „Siedlungspotential“

Änderungen zur Tagesordnung erfolgten nicht.

Tagesordnung:

- 1 Städtebauliches Entwicklungskonzept ISEK
Vorlage: 1060/12**
- 2 Stadtentwicklung in Wetzlar Grundsatzbeschluss
Vorlage: 1022/12**
- 3 Bürgerbegehren Ludwig-Erk-Schule
Vorlage: 1059/12**
- 4 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Nachtragswirtschaftsplan 2012
Vorlage: 1169/12**
- 5 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Bestellung eines Abschlußprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2012
Vorlage: 1171/12**
- 6 Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar
Nachtragswirtschaftsplan 2012
Vorlage: 1164/12**
- 7 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 02.10.2012**

- 8 **Nachtragshaushalt**
- 9 **Spielapparatesteuer**
Vorlage: 1109/12
- 10 **Hundesteuer**
Vorlage: 1042/12
- 11 **Hallenbad Europa**
Bezug: Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: 1099/12
- 12 **Wahl zur Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wetzlar-Naunheim**
Vorlage: 1154/12
- 13 **Konzept zur Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit (Nachhaltigkeitskonzept) "Soziale Stadt" Niedergirmes**
Vorlage: 1152/12
- 14 **Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit Soziale Stadt, Silhörer Aue / Westend**
Vorlage: 1081/12
- 15 **Neubau der Philipp-Schubert-Schule in Wetzlar-Hermannstein; Übertragung einer Grundstücksteilfläche von ca. 2.271 qm auf den Lahn-Dill-Kreis**
Vorlage: 1111/12
- 16 **Regionalmanagement MitteHessen - Tätigkeitsbericht 2011**
Vorlage: 1112/12
- 17 **Bericht der finanziellen Entwicklung der Eigenbetriebe im I. Halbjahr 2012**
Vorlage: 1143/12
- 18 **Strategische Positionierung der enwag**
Vorlage: 1150/12
- 19 **Bericht III. Quartal 2012 der Haushaltswirtschaft der Stadt Wetzlar**
Vorlage: 1183/12
- 20 **Grundstücksverkauf**
Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH, Wetzlar
Vorlage: 1149/12
- 22 **Verschiedenes**

zu 1 Städtebauliches Entwicklungskonzept ISEK
Vorlage: 1060/12

FrkV K a m a r a beantragte eine Änderung der ISEK-Tabelle „Auswertung der Stellungnahmen/Anmerkungen/Ergänzungen“ auf Seite 12. Zum Thema „Positionierung zu notwendigen großmaßstäblichen Verkehrsplanungen“ solle die Spalte „Anmerkung wird im ISEK berücksichtigt“ wie folgt ergänzt werden: „Es wird auf Hochstraßen verzichtet“.

Der Ausschuss einigte sich einvernehmlich auf folgende Änderung:
„Das ISEK spricht eine eindeutige Empfehlung für die notwendige großmaßstäbliche Verkehrslenkung (Westanschluss, Westtangente) aus.
Auf Hochstraßen sollte verzichtet werden“.

Abstimmung mit vorgenannter Änderung: 11.0.0

zu 2 Stadtentwicklung in Wetzlar Grundsatzbeschluss
Vorlage: 1022/12

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.1

zu 3 Bürgerbegehren Ludwig-Erk-Schule
Vorlage: 1059/12

OB D e t t e informierte über die drei unterschiedlichen Beschlussvarianten A), B) und C) der Vorlage und teilte mit, dass die Mehrheit des Magistrates empfohlen habe, das Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären (Variante C). Aufsichtsbehörde (RP Gießen) und Hess. Städtetag seien der Auffassung gewesen, dass das Bürgerbegehren zulässig sei, währenddessen der Hess. Städte- und Gemeindebund die Zulässigkeit verneinte. In allen Gutachten sei erkennbar, dass es sich um eine Frage handle, die rechtlich umstritten sei. FrkV Dr. B ü g e r teilte mit, dass die FDP-Fraktion der Variante A) zustimmen werde. Wenn A) keine Mehrheit finde, werde man hilfsweise C) ablehnen und sich dann für B) entscheiden. Stv. B r e i d s p r e c h e r erklärte die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Variante A). Stv. K l e b e r favorisierte für die SPD-Fraktion Variante C).

Abstimmung zu Variante A): 4.7.0

Abstimmung zu Variante C): 7.4.0 (Bürgerbegehren unzulässig)

zu 4 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Nachtragswirtschaftsplan 2012
Vorlage: 1169/12

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 5 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Bestellung eines Abschlußprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses
2012
Vorlage: 1171/12**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 6 Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar
Nachtragswirtschaftsplan 2012
Vorlage: 1164/12**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 7 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 02.10.2012

Mitteilungen

OB D e t t e bezog sich auf die Anfrage von FrkV Kamara in der letzten Sitzung des Finanzausschusses und verwies auf das vor dem heutigen Abend verteilte Informationsblatt „Abgrenzung Kassenkredite und Kredite“.

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift vom 02.10.2012

Stv. B r e i d s p r e c h e r bezog sich auf die vorliegende Niederschrift und erkundigte sich noch einmal nach dem Sachstand "Stadthaus am Dom". OB D e t t e informierte darüber, dass aktuell die Wertermittlungen der Wohnungen von Privateigentümern auf Kosten der Stadt vollzogen werden. Wegen des gesamtstädtischen Interesses seien die Mittel im Haushalt der Stadt dargestellt, nicht beim Eigenbetrieb Wetzlarer Stadthallen, der nur für den städtischen Eigentumsanteil zuständig sei (nicht für die Privateigentumsanteile). Mit dieser Begründung werde auch die Anfrage von Stv. Pohl aus dem Bauausschuss beantwortet.

Die Niederschrift wurde ohne Wortmeldungen einstimmig genehmigt.

zu 8 Nachtragshaushalt

Änderungsliste des Magistrats

OB D e t t e erläuterte die Positionen 1 - 9 und wies darauf hin, dass die lfd. Nr. 1 mit der lfd. Nr. 9 korrespondiere (nicht wie aufgeführt 7). Die Beträge der beiden Positionen werden nicht mehr miteinander verrechnet, sondern nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen.

Keine Wortmeldungen zur Änderungsliste.

Abstimmung: 11.0.0

Nachtragshaushaltsplan 2012

Es bestand Einvernehmen, nach Produktbereichen und Seitenzahlen vorzugehen.

S. 41 - Produkt-Nr. 0105200

Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“

Stv. **Breidsprecher** fragte nach dem Grund der Erhöhung um 10.000,00 €. OB **Detle** verwies auf Seite 40 und erklärte, dass es sich um einen durchlaufenden Posten handle. Bewilligungsbescheide des Bundes für Einzelprojekte hätten höhere Zuschüsse ausgewiesen, als in den Programmanträgen geschätzt worden seien.

S. 51 - Produkt-Nr. 0125200

Porto und Versandkosten

Stv. **Breidsprecher** erkundigte sich, warum die Position um 9.500,00 € erhöht werden solle. OB **Detle** führte aus, dass es sich um die Sammelposition handle, welche über die Poststelle abgewickelt werde. Die Kalkulation gestalte sich als schwierig, jedoch liege der Ansatz im mehrjährigen Vergleich unter den Ansätzen von Vorjahren.

S. 62 - Produkt-Nr. 0142100

Externe Beratungen

Stv. **Breidsprecher** bat um Information zum Wegfall von Beratungskosten in Höhe von 20.000,00 €. OB **Detle** begründete dies mit einer ursprünglich geplanten, externen Beratung im Tiefbauamt, die in diesem Jahr nicht durchgeführt werde.

S. 64 - Produkt-Nr. 0144100

Erstellung eines Raumkonzeptes

Stv. **Kleber** beurteilte die Aufwendungen für die betriebswirtschaftliche Beratung zur Erstellung eines Raumkonzeptes im Neuen Rathaus kritisch.

OB **Detle** erläuterte, dass im Zusammenhang mit der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes Baumaßnahmen durchzuführen seien. Es bestehe Konsens zwischen den Dezernenten, ein Raumkonzept im Neuen Rathaus mit Hilfe einer externen Begleitung zu optimieren und das Vorhaben mit interner Unterstützung zu realisieren.

S. 83 - Produkt-Nr. 0186100

Stadtbetriebsamt - Fremdreinigung

Stv. **Breidsprecher** erkundigte sich nach dem Grund der deutlichen Erhöhungen bei den Sach- und Dienstleistungen. OB **Detle** ging auf die Fremdreinigung ein, die bei Ausscheiden festangestellter Kräfte oder durch Stundenreduzierungen einsetze; trotz der Mehrkosten sei dies insgesamt für die Stadt günstiger.

S. 88 - Produkt-Nr. 0190100

Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten

OB D e t t e erklärte auf Nachfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r, dass der Betrag von 7.000,00 € für die Wertermittlung Stadthaus am Dom vorgesehen sei.

S. 89 - Investitions-Nr. 01901001602
Wohngebiet Rasselberg

Stv. H e d d e r i c h fragte im Zusammenhang mit dem Wegfall der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200.000,00 €, ob der Magistrat den Rasselberg „zu den Akten“ gelegt habe. OB D e t t e verneinte dies und wies darauf hin, dass die Verpflichtungsermächtigung nicht weitergeführt werde, weil in diesem Jahr keine Notwendigkeit von Aufträgen entstehe.

S. 113 - Produkt-Nr. 0240300
Sonstige Erstattungen an Gemeinden

Stv. K l e b e r erbat Informationen hinsichtlich der Personalkostenerstattung an die Stadt Dillenburg wegen Gefahrgutüberwachung (+14.000,00 €). OB D e t t e teilte mit, dass der in diesem Jahr an die Stadt Dillenburg zu leistende Kostenanteil für Gefahrgutüberwachung wegen eines dortigen Krankheitsfalles überproportional gestiegen sei. Der Einsatz von Ersatzkräften habe zu einer vorübergehenden Personalkostenerhöhung geführt; der Betrag werde im Haushalt 2013 reduziert.

S. 123 - Produkt-Nr. 0410100
Palais Papius

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich nach der Gesamtkostenaufstellung „Palais Papius“. OB D e t t e sagte zu, dass eine Gesamtübersicht der Investitionsaufwendungen nach Vorlage aller Schlussrechnungen erstellt werde; dies sei noch nicht der Fall. Man liege im Rahmen der von der Stadtverordnetenversammlung genehmigten Mittel und werde die Kostenaufstellung vorlegen.

S. 143 - Produkt-Nr. 0480100
Volkshochschule - Leiharbeitskräfte

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte nach dem Hintergrund der Erhöhung um 29.600,00 €. OB D e t t e erläuterte den Sachverhalt. Eine vom Jobcenter zur VHS gewechselte pädagogische Mitarbeiterin befinde sich noch in der Probezeit. Während dieser Phase sei eine Personalkostenerstattung der Stadt erforderlich, weil das Beschäftigungsverhältnis noch beim Jobcenter bestehe.

S. 155 - Produkt-Nr. 0620100
Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche - Weiterleitung Zuschuss Bund

Stv. H e d d e r i c h wünschte Information zum Wegfall von 61.700,00 €. OB D e t t e erklärte, dass für die Förderung in Tagespflege Sondermittel des Bundes weggefallen seien und die Stadt die Kosten zu tragen habe.

S. 169 - Produkt-Nr. 0655100
Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen - Einsatz von Hebammen

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach dem Grund des Wegfalles von 6.720,00 € beim Einsatz von Familienhebammen. OB D e t t e begründete dies mit der nicht erfolgten Umsetzung eines Kooperationsprojektes mit dem Lahn-Dill-Kreis. Herr M a t z k e ergänzte, dass das Projekt im Rahmen der frühen Hilfen realisiert werde.

S. 198 - Produkt-Nr. 0670100
Sonstige soziale Erstattungen an Gemeinden

Stv. B r e i d s p r e c h e r kritisierte grundsätzlich die gestiegenen Ansätze im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Er bat um Auskunft hinsichtlich der erhöhten Kostenanforderung in Höhe von 35.000,00 € einer anderen Kommune.
OB D e t t e gab davon Kenntnis, dass die Stadt in einem neuen Fall als Jugendhilfeträger zuständig geworden sei.

S. 222 - Produkt-Konto 0810100
Sonstige Aufwendungen für Repräsentationen

FrkV L e f è v r e bat im Zusammenhang mit dem reduzierten Ansatz (- 7.000,00 €) um Auskunft, warum die Europäischen Jugendspiele nicht stattgefunden haben (Information: Absage der Stadt Encamp - Andorra).

S. 225 - Produkt-Konto 0820100
Benutzungsgebühren Europabad

Stv. H e d d e r i c h bezog sich auf den verminderten Ansatz bei den Benutzungsgebühren in Höhe von 155.000,00 € (- 73.000,00 €) und fragte, ob es aufgrund der erneuten Schließung des Europabades zu einer weiteren Reduzierung der Einnahme komme. OB D e t t e schloss nicht aus, dass der Wert niedriger ausfallen werde.

S. 226 - Investitions-Nr. 08201000501
Erneuerung Chlorgasanlage Europabad (+ 6.000,00 €)

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich nach weiteren Zusatzkosten. OB D e t t e erklärte, dass man versuche, die Maßnahme noch in die lfd. Baukosten zu integrieren, weil sie Teil der Wiedereröffnungskosten seien. Es sei nicht auszuschließen, dass die für die Baumaßnahme vorgesehenen Gelder nicht ausreichen und überplanmäßige Mittel beantragt werden müssen.

FrkV Dr. B ü g e r fragte im Hinblick auf die Schließung des Europabades nach der Höhe der Einnahmeverluste. OB D e t t e antwortete, dass man von einer Größenordnung in Höhe von 20.000,00 € ausgehen könne.

S. 233 - Produkt-Nr. 0820300
Betriebseinrichtung Sportanlagen

Zur Nachfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r stellte OB D e t t e klar, dass die im Nachtragsplan 2012 ausgewiesenen Mittel in Höhe von + 9.500,00 € sich nicht auf die Erweiterung der Flutlichtanlage am Sportplatz Naunheim beziehen.

S. 242 - Investitions-Nr. 09401001601
Fortführung Maßnahmen Westend u. a.: Funhalle Außenanlage

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach dem Grund der Absetzung von 50.000,00 €. Herr M a t z k e informierte, dass die Mittel für die Zuwegung zur Freizeit-halle (Bau eines Rettungsweges) und für die Neugestaltung der Außenanlage vorgesehen waren. Die Maßnahmen seien kostengünstiger durchgeführt worden als ursprünglich ge-plant. Auf Nachfrage von Stv. H e d d e r i c h bestätigte Herr M a t z k e, dass für das Westend auch 2013 Zuschüsse zu erwarten seien.

S. 284 - Investitions-Nr. 13101000003
Betriebseinrichtung Naherholungsgebiete (+ 11.000,00 €)

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte, an welchem Ort die technischen Anschlüsse benötigt werden. OB D e t t e erläuterte, dass es sich um die Infrastruktur in der Colchester-Anlage handele.

S. 293 - Produkt-Nr. 1330200
Sonstige Nebenerlöse (+ 11.500,00 €)

Auf Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r gab OB D e t t e Information zur Herkunft des Zahngoldes (Krematorium) und wies darauf hin, dass nur bei Verzicht der Angehöri-gen die Einnahmen der Stadt Wetzlar zugute kommen.

S. 313 - Produktgruppe 1550
Hessentag

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich, ob der Betrag in Höhe von 3.535.920,00 € die endgültige Zahl für den Hessentag darstelle. OB D e t t e verneinte dies und teilte mit, dass es nur der Anteil für 2012 sei. Ende des Jahres werde ein vorläufiger Abschluss prä-sentiert, der eine Unterdeckung in voraussichtlicher Höhe von 4,5 - 4,6 Mio € ausweisen werde. Man liege damit günstiger als Oberursel und Stadtallendorf.

Abstimmung über den Nachtragshaushaltsplan 2012: 8.3.0

zu 9 Spielapparatesteuer **Vorlage: 1109/12**

Auf die Nachfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r erklärte Herr F r a n z, dass der neue Steuersatz der Stadt Wetzlar von 15 % der Bruttokasse für Spielapparate mit Gewinnmög-lichkeit als rechtssicher gelte. Stv. D r o ß beantragte zu beschließen, den Höchstbetrag bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit mit Gewalt etc. von 200,00 € auf 500,00 € im Sat-zungsentwurf zu erhöhen. Gegen diesen Änderungsantrag erhob sich kein Widerspruch.

Abstimmung mit o.g. Änderung: 11.0.0

zu 10 Hundesteuer **Vorlage: 1042/12**

Stv. H e d d e r i c h teilte mit, dass er sich bei der Abstimmung über die Vorlage enthal-ten werde, da er die Steuererhöhung für den ersten Hund von 30,00 € auf 60,00 € kritisch beurteile. OB D e t t e wies darauf hin, dass die Hundesteuer seit 1982 nicht verändert

worden sei. Stv. D r o ß zeigte Verständnis für die Auffassung von Stv. H e d d e r i c h und schlug vor, zukünftige Anpassungen in kontinuierlichen Schritten vorzunehmen.

Abstimmung: 7.0.4

zu 11 Hallenbad Europa
Bezug: Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: 1099/12

An Stv. B r e i d s p r e c h e r gerichtet wies Stv. K l e b e r darauf hin, dass der Prüfungsauftrag einstimmig beschlossen worden sei und nun eine Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes vorliege.

Abstimmung: 11.0.0

zu 12 Wahl zur Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wetzlar-Naunheim
Vorlage: 1154/12

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 13 Konzept zur Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit (Nachhaltigkeitskonzept) "Soziale Stadt" Niedergirmes
Vorlage: 1152/12

Herr M a t z k e beantwortete Fragen von Stv. B r e i d s p r e c h e r zum Nachhaltigkeitskonzept (S. 1 "Festlegung des verbleibenden Handlungsbedarfs"):

- Geschwister-Scholl-Schule (Erweitertes Angebot an ganztägigen Betreuungsplätzen)
- Verbesserung der verkehrlichen Situation (Gestaltung und Aufwertung des Schulweges unter der Dammstraße)
- Ausbau der Teiligungsstrukturen für Migrantenselbstorganisationen (Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, Sprachkurse)

Im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt“ sei im Übrigen die Anregung erfolgt, eine weitere, attraktive Skater-Anlage in der Stadt aufzustellen.

Abstimmung: 9.0.2

zu 14 Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit Soziale Stadt, Silhöfer Aue / Westend
Vorlage: 1081/12

Stv. B r e i d s p r e c h e r kritisierte, dass die Mitteilungsvorlage nach seiner Auffassung eine Beschlussvorlage sei. OB D e t t e wies darauf hin, dass bereits 2009 ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erfolgt sei.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 15 Neubau der Philipp-Schubert-Schule in Wetzlar-Hermannstein;
Übertragung einer Grundstücksteilfläche von ca. 2.271 qm auf den Lahn-
Dill-Kreis
Vorlage: 1111/12**

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 16 Regionalmanagement MitteHessen - Tätigkeitsbericht 2011
Vorlage: 1112/12**

OB D e t t e wies auf einen im Bericht genannten Veränderungsprozess hin. Das Regionalmanagement wolle sich in eine GmbH umgründen, und der Verein solle eine begleitende Funktion haben. Noch in diesem Jahre werde eine Vorlage gefertigt, in der der Umgliederungsprozess beschrieben werde.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 17 Bericht der finanziellen Entwicklung der Eigenbetriebe im I. Halbjahr 2012
Vorlage: 1143/12**

OB D e t t e informierte, dass eine Seite der Übersicht wegen einer nicht korrekten Zahlenreihe ausgetauscht worden sei.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 18 Strategische Positionierung der enwag
Vorlage: 1150/12**

Stv. L i n k e bezog sich auf Seite 1 des Positionspapiers und erkundigte sich, ob der Begriff „Stromnetz“ auch die Oberleitung beinhalte. OB D e t t e bejahte dies und erläuterte, dass das gesamte Wetzlarer Stromverteilernetz der enwag obliege, unabhängig ob es sich um unterirdische Leitungen oder Oberleitungen handle (Ausnahme: Starkstromleitungen).

Stv. B r e i d s p r e c h e r erbat Informationen zum vorgesehenen Beitritt der enwag zur Erneuerbaren Energien Gesellschaft der Thüga-Gruppe (S. 4, Abs. 3). OB D e t t e teilte mit, dass der Aufsichtsrat einer Beteiligung zugestimmt habe, jedoch in der letzten Legislaturperiode kein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gefasst worden sei. Voraussetzung für eine neue Vorlage sei das strategische Konzept der enwag. Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den Standorten von Windkraftanlagen. OB D e t t e benannte geeignete Flächen im Bereich Blasbach Richtung Hohenahr und wies darauf hin, dass auch mit privaten Grundstückseigentümern ein Dialog geführt werden solle.

Stv. D r o ß fragte, was unter dem Begriff „Solarthermie“ zu verstehen sei.

OB D e t t e informierte darüber, dass man hierunter die Umwandlung der Sonnenenergie in nutzbare thermische Energie verstehe.

FrkV Dr. B ü g e r bezog sich auf den letzten Satz des Positionspapiers und erkundigte sich, ob damit eine Veränderung der Dividendenpolitik gemeint sei; dies wurde von OB D e t t e verneint.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 19 Bericht III. Quartal 2012 der Haushaltswirtschaft der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1183/12**

Stv. K l e b e r fragte, ob es nach dem 31.10.2012 zu größeren Ergebnisabweichungen gekommen sei. OB D e t t e erklärte, dass man innerhalb des Rahmens liege, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch eine Lücke im Bereich der Gewerbesteuer bestehe. Die Schlussabrechnung über den Einkommensteueranteil der Stadt Wetzlar erfolge im Januar 2013.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 20 Grundstücksverkauf
Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH, Wetzlar
Vorlage: 1149/12**

Stv. H e d d e r i c h bat um Information zum Wiederkaufsrecht unter Ziffer 4. der Beschlussvorlage. OB D e t t e erklärte, es handele sich um eine Vorsorgeposition für den Fall, dass das Grundstück unbebaut weiterveräußert werde.

Abstimmung: 11.0.0

zu 22 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV H e y e r schloss die 19. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

H e y e r

G e r n e r